

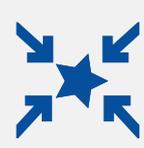
# Europawahl 2014:

## Zuwanderung, Flucht und Asyl in den Wahlprogrammen

### von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE und AfD (Schwerpunkte)

EUROPAWAHL



	CDU	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE	AfD
 <h3>Freizügigkeit</h3>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine der Grundfreiheiten des gemeinsamen Binnenmarktes und Grundlage des Wohlstands</li> <li>• Änderung der Freizügigkeitsrichtlinie: Anreize für eine „allein durch Sozialleistungen motivierte Zuwanderung“ senken</li> <li>» Wiedereinreiseperrn und Beschränkungen bei Anspruch auf Sozialleistungen</li> <li>• Verbesserung der Vermittlung von Arbeitskräften und -plätzen</li> <li>• Verbesserung der Anerkennung von Bildungsabschlüssen und von im Ausland erworbenen Studien- und Prüfungsleistungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitnehmerfreizügigkeit als konstitutives Element der europäischen Einigung darf nicht zum Missbrauch von Sozialleistungen führen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einschränkung der Personenfreizügigkeit sowie Ausweisung und Wiedereinreiseperrn für Unionsbürger wegen „rechtswidrigen Bezugs von Sozialleistungen“ werden abgelehnt</li> <li>• Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den innereuropäischen Grenzen nur bei Vorliegen gesamt-europäischer Gründe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vereinfachung des rechtlichen Rahmens für binationale Ehen, Adoptionsrecht, gleichgeschlechtliche Partnerschaften sowie das Erb- und Sorgerecht</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Freizügigkeitsrecht gilt uneingeschränkt</li> <li>• Verbesserung der Wohnverhältnisse, Bildungs- und Beschäftigungssituation sowie der Zugang zum Gesundheitswesen für Sinti und Roma</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Akzeptanz des Grundsatzes der Niederlassungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit</li> <li>• Begrenzung der Sozialleistungen auf in Deutschland lebende Zuwanderer(familien), die in erheblichem Umfang Steuern bzw. Sozialversicherungsbeiträge in Deutschland gezahlt haben</li> <li>• Wenn Zuwanderer in Deutschland „keine ausreichenden Mittel aus Erwerbseinkommen, Vermögen, Unterhalt oder Sozialleistungen zur Verfügung haben, müssen sie in ihre Heimat zurückkehren“</li> <li>• Abschiebung von rechtskräftig für eine Straftat verurteilten EU-Bürgern, Unterbindung der Wiedereinreise durch Erhebung biometrischer Daten</li> </ul>
 <h3>Arbeitsmigration aus Drittstaaten</h3>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung der Willkommens- und Anerkennungskultur, damit Deutschland attraktiver für Zuwanderer wird</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachkräftemangel muss mit Zuwanderung begegnet werden</li> <li>• Konsequente Anerkennung der Qualifikationen von Zuwandernden</li> <li>• Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts für Arbeitsmigranten und Schutz vor Ausbeutung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Liberale und humane Migrationspolitik, die sich sowohl an den Rechten der Zuwandernden als auch den Bedürfnissen der EU- und Herkunftsländer orientiert</li> <li>• Schaffung neuer Wege für legale und dauerhafte Einwanderung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung eines Systems der geregelten Einwanderung auf der Basis eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild</li> <li>• Deutschland und Europa sind auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen; Erhöhung der Attraktivität als Zielregion</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verhinderung der Ausbeutung von Migranten als kurzfristige Arbeitskräfte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachkräftemangel und demografischer Alterung sind mit qualifizierter Zuwanderung zu begegnen</li> <li>• Einführung eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild</li> <li>• Ausrichtung der Arbeitskräftemigration aus Drittstaaten ausschließlich am Bedarf in Deutschland</li> </ul>
 <h3>Grenzpolitik</h3>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufbau eines elektronischen Ein- und Ausreiseregisters</li> <li>• Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)</li> <li>• Stärkung von Frontex, um Grenzüberwachung zu verbessern</li> <li>• Wahrung menschenrechtlicher und humanitärer Standards sowie des Grundsatzes der Nichtzurückweisung und Seenotrettung</li> <li>• „Sichere Herkunftsstaaten“: Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Albanien und Montenegro</li> <li>• Partnerschaftsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten in Afrika zum Aufbau eigener Asylsysteme sowie Verhinderung von Schleuserkriminalität und illegaler Zuwanderung</li> <li>• Konsequente Rückführung nicht schutzbedürftiger Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)</li> <li>• Bessere Verantwortungsteilung zwischen den EU-Staaten, Reform der Drittstaatsregelung, temporärer Transfer von Flüchtlingen bei Überlastung</li> <li>• Wahrung der Grund- und Menschenrechte an der EU-Außengrenze, Geltung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung und Seenotrettung</li> <li>• Sicherung der EU-Außengrenzen durch Frontex dürfe nicht im Widerspruch mit einer humanitären Flüchtlingspolitik stehen</li> <li>• Schaffung legaler Zuwanderungsmöglichkeiten abseits einer wirtschaftlichen Nützlichkeitslogik</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Europäische Grenzpolitik: Offenheit statt Abschottung</li> <li>• Gewährleistung eines einheitlichen Flüchtlingsschutzes durch menschenwürdige Aufnahme und einheitliche, faire Asylverfahren</li> <li>• Ablösung der Dublin-III-Verordnung soll abgeschafft durch faires System für Schutzsuchende</li> <li>• Verbot der systematischen Inhaftierung von Schutzsuchenden</li> <li>• Einstellung der Überstellungen an Mitgliedstaaten sowie Stopp der Rückübernahmeabkommen mit Staaten, deren Asylsystem überfordert ist</li> <li>• Einführung von Solidarmaßnahmen für Mitgliedstaaten, die besonders viele Flüchtlinge aufnehmen.</li> <li>• Gewährleistung einer stärkeren Kooperation bei der Seenotrettung</li> <li>• Anerkennung der Verfolgung aufgrund sexueller und geschlechtlicher Identität als Asylgrund</li> <li>• Einführung eines humanitären Visums, mit dem Asylsuchende legal in die EU einreisen und einen Asylantrag stellen können</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schaffung einer humanen Asyl- und Zuwanderungspolitik</li> <li>• Wahrung des Grundrechts auf Asyl und der Seenotrettung</li> <li>• Ablehnung der Erfassung der Ein- und Ausreisen durch europäisches Grenzregister</li> <li>• Vorprüfungen bei Asylverfahren soll legale Einreise bei Qualifizierung ermöglichen</li> <li>• Einrichtung eines europäischen Verteilerschlüssels für Asylsuchende auf der Basis von Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft eines Mitgliedstaates sowie der familiären Bindungen oder Sprachkenntnisse des Asylsuchenden</li> <li>• Auflösung des Arbeitsverbots für Asylsuchende</li> <li>• Schnellere und effizientere Rückführung in die Herkunftsländer, in denen keine Gefahr für Leib und Leben besteht</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Europäische Grenzpolitik: Offenheit statt Abschottung; Visaliberalisierung</li> <li>• Gesamteuropäische Migrations- und Flüchtlingspolitik steht unter den Vorzeichen der Menschenrechte und des Humanismus</li> <li>• Wahrung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung</li> <li>• Forderung eines Wandels in der Flüchtlingspolitik: Inhaftierungsverbot, menschenwürdige Unterkünfte, unbedingtes Bleiberecht, soziale Absicherung und gleiche Rechte für alle Flüchtlinge</li> <li>• Prinzip der freien Zufluchtsortwahl</li> <li>• Forderung eines gerechten und solidarischen Systems der Verantwortlichkeit</li> <li>• Ablehnung von Eurosur; Auflösung von Frontex</li> <li>• Zugangsgarantie zum Asylverfahren, Rechtsschutz von Asylbewerbern, strikte Achtung der UN-Kinderrechtskonvention</li> <li>• Auflösung des Arbeitsverbots für Asylsuchende</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Humanitäre Hilfe und Hilfe für Kriegsflüchtlinge möglichst „heimatnah“</li> <li>• Lastenverteilung der europäischen Asylpolitik; die Staaten an der Grenze der EU sollen nicht die Hauptlast tragen</li> <li>• Etablierung gemeinsamer Mindeststandards für die Versorgung und Unterbringung Asylsuchender</li> <li>• Recht auf Arbeit für Asylbewerber</li> <li>• Schlepperbanden und Asylbetrug sollen bekämpft werden.</li> </ul>
 <h3>Illegale Migration</h3>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bekämpfung des Menschenhandels &amp; Opferschutz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Flächendeckende Umsetzung der EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer</li> <li>• Dauerhaftes Bleiberecht für Menschenhandelsopfer</li> <li>• Zugang zu medizinischer Grund- und Notfallversorgung für Menschen ohne Aufenthaltsrecht in allen EU-Staaten</li> <li>• Kinder ohne Aufenthaltsrecht sollen Schulen und Kitas besuchen können; Auflösung der Meldepflicht bei Ausländerbehörden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Flächendeckende Umsetzung der EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer</li> <li>• Förderung von Zeugnenschutz und Bleiberecht</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Möglichkeit zur Legalisierung</li> <li>• Faire Arbeitsbedingungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkere Kontrolle der EU-Außengrenzen</li> <li>• Unterstützung der afrikanischen Mittelmeer-Anrainer bei der Bekämpfung der Schleuser-Kriminalität unterstützt</li> </ul>	
 <h3>Integration</h3>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewährleistung des Schutzes nationaler Minderheiten</li> <li>• Verbesserung der Integration von Minderheiten</li> <li>• Zielgerichteter Einsatz von Fördergeldern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewährleistung der Minderheitenrechte durch EU-Kommission</li> <li>• Finanzielle Unterstützung der Kommunen bei Zuwandererintegration</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EU-weite Gewährleistung der sozialen Grundrechte von Migranten und Flüchtlingen</li> <li>• Finanzielle Unterstützung der Kommunen, die von Zuwanderung Niedrigqualifizierter besonders betroffen sind</li> <li>• Stärkung der Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und der Rechte von Migranten</li> <li>• Einbürgerungsoffensive</li> <li>• Kommunalwahlrecht für Drittstaatsangehörige</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkere Bestrafung der mangelnden Umsetzung des europäischen Minderheitenschutzes</li> <li>• Diskriminierung von Sinti und Roma ist Rassismus</li> <li>• Rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller Migranten im Rahmen einer europäischen Teilhabe-Agenda</li> <li>• Zielstellung einer diskriminierungsfreien Gesellschaft</li> <li>• Intensivierung der Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen</li> </ul>		